

„Die Menschen bei der Gestaltung der Rechtspolitik in den Mittelpunkt stellen“

Im Interview mit dem DBB NRW Magazin äußert sich der Minister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, Dr. Benjamin Limbach (Grüne), u. a. zu seiner künftigen Rechtspolitik (s. Seite 3)



Dr. Benjamin Limbach und Roland Staude (DBB NRW Vorsitzender)

© DBB NRW

Deutschlandticket wirklich für alle?

DBB NRW sieht vertane Chance für mehr Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Nachdem die ersten Tage seit der Einführung des Deutschlandtickets vergangen sind, bedauert der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, dass die Potenziale dieses nachhaltigen Angebotes zur Verkehrswende nicht umfänglich ausgeschöpft werden. Der 1. Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude: „Es ist schade, dass die Landesregierung angesichts 24 000 offener Stellen die Einbeziehungen des 49-Euro-Tickets in das benefitäre Leistungsspektrum des öffentlichen Dienstes in Nordrhein-Westfalen nicht als Bestandteil einer im Koalitionsvertrag vereinbarten Modernisierungsoffensive erkennt, um junge Menschen für eine Tätigkeit im Landesdienst zu motivieren.“

Der DBB NRW hatte bereits im Vorfeld zur Einführung des Deutschlandtickets gefordert, auch den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – wie auch

in anderen Bundesländern und in der Privatwirtschaft – die Möglichkeit zum ermäßigten Erwerb des Deutschlandtickets einzuräumen.

NRW-Landesregierung zieht beim Jobticket nicht mit

Hierbei gilt: Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber können ihren

Beschäftigten das Deutschlandticket als Jobticket bereitstellen. Wenn sie dabei einen Zuschuss von mindestens 25 Prozent auf den Ausgabepreis des Tickets leisten, können bis zum 31. Dezember 2024 zusätzlich fünf Prozent Übergangsabschlag beziehungsweise Rabatt auf den Ausgabepreis gewährt werden. 34,30 Euro könnte das Monatsabo auf diesem Weg kosten – wenn der Arbeitgeber mitzieht. Dies lehnt die Landesregierung

2 Konkretes Handeln statt Sonntagsreden

DBB NRW fordert mehr Anstrengung gegen zunehmende Gewalt



6 dbb bundesseniorenvertretung

Bericht über Vorbereitung des 3. Bundesseniorenkongresses



6 Verband Hochschule und Wissenschaft

Hochschulpolitische Zusammenarbeit für die kommenden Jahre



für die Bediensteten im öffentlichen Dienst aber ab!

Instrument zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes ungenutzt

Für den DBB NRW ist diese Haltung unverständlich. Nicht nur bleibt ein Instrument zur dringend notwendigen Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes ungenutzt, sondern es wird auch vereitelt, den öffentlich Beschäftigten in NRW mit einer alternativen Kostenbeteiligung am Deutschlandticket einen klimaschonenden



Roland Staude

© DBB NRW

den Umstieg vom Auto auf den ÖPNV schmackhaft zu machen.

Roland Staude sieht auch hier eine Chance vertan: „Gerade jetzt hätte die Landesregierung ein deutliches Signal als moderner und nachhaltiger Arbeitgeber setzen können!“

Aus Sicht des DBB NRW sind kurze Wege, einfache Antragsformalitäten und Praktikabilität des Tickets unerlässlich, um grundsätzlich allen Personengruppen ihren Beitrag zur nachhaltigen Verkehrswende zu ermöglichen.

Konkretes Handeln statt wohlfeiler Sonntagsreden

DBB NRW fordert „Gefährder-Register“ und entschlossenes Handeln der Politik

Nach der durch Innenminister Herbert Reul veröffentlichten Zahl von über 20 000 dokumentierten körperlichen Übergriffen auf Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2022 und der Information des Innenausschusses über 35 physisch Verletzte und über 100 psychisch beeinträchtigte Einsatzkräfte in Ratingen fordert der DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion von der Politik mehr Anstrengung, der zunehmenden Gewalt gegen Bedienstete des öffentlichen Dienstes, insbesondere Polizei- und Rettungskräfte, stärker zu begegnen.

Der DBB NRW mahnt bereits seit Jahren, dass die potenzielle Gefährlichkeit der täglichen Arbeit von Polizei- und Rettungskräften durch die Politik nicht ernsthaft wahrgenommen wird, von gesellschaftlicher Anerkennung für die geleistete Arbeit ganz zu schweigen. Der 1. Vorsitzende des DBB NRW, Roland Staude: „Nach wohlfeilen Sonntagsreden und Betroffenheitsbekundungen wird schnell wieder zum Tagesgeschäft übergegangen. Das hilft allen öffentlich Beschäftigten, die in der Verwaltung oder auf der Straße sich täglich verbaler und körperlicher Gewalt ausgesetzt sehen, nicht wirklich weiter.“



Sicherheitskräfte im Einsatz

© s-motive/stock.adobe.com

Das Füllen der Statistik mit angezeigten Gewaltdelikten nützt den geschädigten Kolleginnen und Kollegen kaum

Dass der Minister, laut Interview in der Rheinischen Post, jetzt Maßnahmen ergreifen möchte,

findet Staude löblich, erwartet aber mehr konkretes Handeln: „Das Füllen der Statistik mit angezeigten Gewaltdelikten nützt den geschädigten Kolleginnen und Kollegen kaum, wenn die Taten gesellschaftlich nicht geächtet und deren Verursacher von der Justiz nicht konsequent

verfolgt werden. So wäre zum Beispiel die Einrichtung eines Gefährder-Registers ein erster Schritt zu mehr präventiver Sicherheit, da neben Polizei und Rettungsdiensten zum Beispiel auch Gerichtsvollzieher, Beschäftigte der Ordnungsbehörden oder Sozialarbeiter die

potenzielle Gefährdungslage beim nächsten Einsatz besser einschätzen könnten.“

Der DBB NRW wird daher seine Aktivitäten zukünftig verstärken, um Politik und Gesellschaft in dieser Problematik stärker zu sensibilisieren.

Die Justiz steht demnächst vor erheblichen Problemen, alle Stellen besetzen zu können

Im Interview mit dem DBB NRW Magazin: Justizminister Dr. Benjamin Limbach

Das DBB NRW Magazin hat im Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen den Minister der Justiz, Dr. Benjamin Limbach (Grüne), interviewt. Vonseiten des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion führten Roland Staude (Vorsitzender) und Malte Poerschke (Rechtsreferent) das Interview.

DBB NRW Magazin: Waren Sie überrascht, als Sie von den Grünen in Nordrhein-Westfalen gefragt wurden, ob Sie Justizminister in Nordrhein-Westfalen werden wollen?

Dr. Benjamin Limbach: Ja, ich war total überrascht, zumal ich auch nicht an den Koalitionsverhandlungen beteiligt war. Ich saß eigentlich schon auf gepackten Koffern, um in den Urlaub zu fahren, als mich der Anruf erreichte.

DBB NRW Magazin: Welche Akzente wollen Sie als grüner Justizminister setzen. Was wollen Sie anders als Ihr Amtsvorgänger machen?

Dr. Benjamin Limbach: Als ich mich als designierter Justizminister bei der Landesdelegiertenkonferenz der nordrhein-westfälischen Grünen vorstellen sollte, sagte ich, was für mich grüne Rechtspolitik bedeutet. Nämlich, dass ich bei der Rechtspolitik nicht allein von hehren Grundsätzen ausgehe, sondern die Menschen bei der Gestaltung der Rechtspolitik in den Mittelpunkt stellen möchte. Das sind die Menschen, die zu uns kommen, unsere Kunden, und die Menschen, die bei uns arbeiten.

Bekämpfung der Umweltkriminalität ist für Grüne ein wichtiges Anliegen

Folgende Schwerpunkte sehe ich: Uns als Grüne ist die Bekämpfung der Umweltkriminalität ein sehr wichtiges Anliegen. Das Ministerium der

Justiz hat es geschafft, die Stellen zu bekommen, um eine Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft Umweltkriminalität aufzubauen, die sich neben den bereits bestehenden Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften dem Umweltaspekt widmet.

Umweltpolitik findet nicht nur im Umweltressort statt, sondern durchaus auch im Ministerium der Justiz. So wie Familienpolitik nicht nur im Familienministerium thematisiert wird, wenn es um Gewalt gegen Frauen und Kinder geht, sind auch das Justiz- und das Innenministerium bei Umweltstraftaten angesprochen.

Ein Thema, das jede Justizministerin und jeder Justizminister in der jetzigen Zeit auf der Agenda haben muss, ist die Digitalisierung. Der elektronische Rechtsverkehr muss flächendeckend zum 1. Januar 2026 in der gesamten Justiz eingeführt sein. Und er muss natürlich auch funktionieren.

Das nächste große Thema, das alle Justizressorts gleichermaßen betrifft, ist die Nachwuchsproblematik. Wir stehen demnächst vor erheblichen Problemen, alle Stellen besetzen zu können. Die Frage stellt sich bereits jetzt in einzelnen Bereichen.

Für mich ist ein weiteres wichtiges Thema die weitere Einführung eines behandlungsorientierten Strafvollzugs. Dies gilt sowohl für einen familienorientierten Vollzug, den Frauenvollzug und den Jugendvoll-



Dr. Benjamin Limbach

zug. Und schließlich das Thema kindergerechte Justiz. Wie schaffen wir es beispielsweise, mit kindlichen Zeugen angemessen umzugehen.

DBB NRW Magazin: Im Koalitionsvertrag steht, dass Sie eine Justiz mit flexiblen und familienfreundlichen Arbeitszeiten und -bedingungen für alle Justizangehörigen schaffen wollen. Wie sieht es beispielsweise mit der Einführung von Homeoffice-Arbeitsplätzen und den im Koalitionsvertrag angekündigten Ausbau von Teilzeitarbeitsmöglichkeiten aus?

Telearbeit mit flexiblen Arbeitszeiten kombinieren

Dr. Benjamin Limbach: In meinem Geschäftsbereich ermöglichen wir die alternierende Telearbeit für die Justizangehörigen an den Arbeitsplätzen, bei denen dies möglich ist. Durch die weitere Einführung der elektronischen Aktenbearbeitung, nicht nur in Rechts-sachen, sondern auch in sämtlichen Verwaltungen, und auch hier im Ministerium, erhoffen wir uns einen weiteren Ausbau dieser Möglichkeit.

Dabei soll die Telearbeit mit flexiblen Arbeitszeiten kombiniert werden, um eine stärkere Vereinbarung von Familie und Beruf zu ermöglichen.

DBB NRW Magazin: Auch der DBB NRW setzt sich für mehr Frauen als Führungskräfte ein. Was tun Sie, dass Ihr Wunsch danach Realität wird?

Dr. Benjamin Limbach: Lippenbekenntnisse reichen nicht mehr aus! Auch die Frage nach Frauen in Führungspositionen an einer konkreten Stelle festzumachen, kann m. E. nicht der richtige Weg sein, um Frauen zu fördern.

Die Förderung von Frauen als Führungskräfte muss bereits am Anfang der Berufslaufbahn geschehen. Bei der Fortbildung von Führungskräften soll daher künftig darauf geachtet werden, die Förderung von Frauen und Männern mitzudenken. Was kann ich tun, damit sich Frauen für eine bestimmte Funktion interessieren? Wir müssen die Personalverantwortlichen darin bestärken, Rahmenbedingungen für eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Und wo kann man Führung in Teilzeit anbieten?

Im Übrigen sollen Personalentwicklungsgespräche künftig auch während der Elternzeit stattfinden. Damit soll der Kontakt zu den Beurlaubten aufrechterhalten und im Blick der Personalverantwortlichen gehalten werden.

Vielfalt ist für mich eine klassische Führungsaufgabe

DBB NRW Magazin: Ihnen ist wichtig, dass die Justiz vielfältiger wird. Das haben Sie u. a. auch zum Gegenstand Ihrer Rede auf dem Juristentag in Bonn gemacht. Reden zu halten allein reicht jedoch nicht. Wie wollen Sie die Vielfältigkeit der Justiz erreichen?

Dr. Benjamin Limbach: Dazu müssen wir zunächst ein Arbeitsumfeld schaffen, in dem die Vielfältigkeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschätzt wird. Vielfalt ist für mich eine klassische Führungsaufgabe. Daher werden wir die Personalverantwortlichen für das Thema sensibilisieren und fortbilden. Wir werden beim Zentrum für interkulturelle Kompetenz der Justiz NRW eine Fachstelle Diversität einrichten, die die Justizeinrichtungen zu diesem Thema beraten soll.

DBB NRW Magazin: Sie wollen ein interessantes landesweites Projekt umsetzen, mit dem Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die mit unserem Rechtsstaat, seinen Grundsätzen und Werten noch nicht umfassend vertraut sind, unsere Rechtsordnung zugänglicher und verständlicher gemacht wird. Wie müssen wir uns dieses Projekt vorstellen, welches wir im Übrigen gerne unterstützen würden.

Dr. Benjamin Limbach: So gut es auch ist, dass wir seit 1949 in einer stabilen Demokratie leben, der sich seit 1990 weitere Bundesländer angeschlossen haben, um so mehr erleben wir heute leider, dass Menschen immer weniger



etwas mit dem „Rechtsstaat“ anfangen können. Sie wissen zu wenig vom Rechtsstaat und sie vertrauen weniger dem Rechtsstaat.

Der Mangel an Vertrauen in den Rechtsstaat ist eine Gefährdung der Demokratie und unseres Staates. Daher haben wir als das Rechtsstaatsministerium eine besondere Verantwortung.

Gemeinsam mit z. B. der Landeszentrale für politische Bildung, der Stiftung Forum Recht und den Volkshochschulen des Landes glauben wir,

dass wir eine entsprechende Aufklärung über den Rechtsstaat in der Erwachsenenbildung voranbringen können.

Zudem haben wir mit unseren Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staats-

anwälten sowie vielen weiteren Menschen, die bei uns arbeiten, beste Multiplikatoren. Einige davon engagieren sich beispielsweise im Rechtskundeunterricht. Ich wünsche mir, dass sich noch viele unserer Kolleginnen und Kollegen in der Erwachsenenbildung für die Aufklärung über den Rechtsstaat engagieren.

DBB NRW Magazin: Ihr Haus beteiligt sich noch nicht an dem Präventionsnetzwerk für mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen „Sicher im Dienst“.

Es wäre ein Signal an alle Justizangehörigen, wenn auch die Justiz des Landes dem Netzwerk beitreten würde.

Dr. Benjamin Limbach: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst sind immer wieder Gewalt ausgesetzt. Ich halte das Thema für sehr wichtig, gerade weil wir eine Verantwortung für die Menschen, die bei uns arbeiten, haben.

Die Landesregierung hatte in der letzten Legislaturperiode beschlossen, sich an dem Netzwerk zu beteiligen und ist auch einer der Initiatoren des Netzwerks. Die Justiz ist Teil der Landesregierung und damit an dem Netzwerk beteiligt.

Eine besonders gefährdete Berufsgruppe in der Justiz ist die der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher.

Für diese Berufsgruppe wurden zuletzt Schutzwesten angeschafft und eine Notrufalarmierung bereitgestellt. Darüber hinaus sind wir im ständigen Dialog mit den Berufsverbänden und überlegen gemeinsam, welche Maßnahmen wir für die Sicherheit der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher noch ergreifen können.

DBB NRW Magazin: Vielen Dank für das Gespräch. ■

Einkommensrunde

Das größte Einkommens-Plus im öffentlichen Dienst seit Bestehen der Bundesrepublik

Kurz nachgefragt: bei Andreas Hemsing, stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission und Vorsitzender der DBB NRW Tarifkommission zur Einkommensrunde Bund und Kommunen

DBB NRW Magazin: Können Sie für uns die Verhandlungen zur Einkommensrunde für Bund und Kommunen aus Ihrer Sicht zusammenfassen?

Andreas Hemsing: Drei Verhandlungsrunden, eine Schlichtung und schließlich die Einigung kennzeichnen die Tarifrunde für die Beschäftigten

von Bund und Kommunen. Was so schnell aufgezählt ist, war ein gutes Stück Arbeit.

Die Arbeitgeber haben sich drei Runden lang kaum bewegt. Erst durch die Schlichtung konnte mit dem Sockel statt des Mindestbetrags ein System vorgeschlagen werden, dass schließlich in die Einigung

geflossen ist. Am Ende einer schwierigen Tarifrunde steht ein Kompromiss, der nach harten Diskussionen, starkem Ringen und intensivem Abwägen entstanden ist.

DBB NRW Magazin: Wie war die Stimmung in den Verhandlungen, sind Sie zufrieden mit dem Ergebnis?

Andreas Hemsing: Es war wie gesagt eine harte und schwierige Runde. Tarifverhandlungen sind immer mit Zugeständnissen aller Seiten verbunden. Ohne Kompromisse gibt es keine Einigung. Die enorme Aktionsbereitschaft hat jedoch maßgeblich dazu beigetragen, dass wir letztlich ein tabellenwirksames Ergebnis erreicht haben.

Selbstverständlich hätten wir uns eine tabellenwirksame Erhöhung bereits vor dem 1. März 2024 gewünscht. Umso wichtiger war es uns, dass die Prozentwerte ab März 2024 für einen nachhaltigen und guten Einkommenszuwachs deutlich erhöht werden.

Mit dem Sockelbetrag von 200 Euro, dem aufgesattelten linearen Plus um 5,5 Prozent sowie dem Erhöhungsbetrag von mindestens 340 Euro zum 1. März 2024 haben wir eine



Andreas Hemsing

dauerhafte und spürbare Steigerung von durchschnittlich 11,5 Prozent oder 420 Euro. Dabei wurden die unteren Lohngruppen proportional stärker berücksichtigt. Damit konnten wir ein zentrales Ziel unserer gewerkschaftlichen Forderung durchsetzen.

Durch die Entscheidung der Bundesregierung, die Inflationsausgleichsprämie im Dritten Entlastungspaket festzu-

schreiben, war klar, dass diese Prämie in allen Tarifverhandlungen (z. B. Deutsche Post AG) eine Rolle spielt. Wir haben dafür gekämpft, dass Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende den Ausgleich ebenfalls in vollem Umfang erhalten. Sie sind schließlich genauso von der Inflation betroffen. Trotz intensiver gewerkschaftlicher Bemühungen lehnten die Arbeitgeber dies bedauerlicherweise bis zuletzt ab.

Es geht uns Gewerkschaften in Tarifverhandlungen nicht nur darum, berechnete Forderungen durchzusetzen, sondern nachteilige Aspekte für die Beschäftigten abzuwehren und den Status quo zu erhalten. Die Arbeitgeber präsentierten in dieser Runde wieder einige Einsparideen. Wir haben beispielsweise verhindert, dass die Beschäftigten im Gesundheitswesen und bei den Sparkassen wesentliche monetäre Verschlechterungen hinnehmen mussten.

Unsere Kernforderung nach einem nachhaltig tabellenwirksamen Ergebnis wurde wie erwähnt erzielt. Dies ist vor allem dank der hohen Aktionsbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen vor Ort gelungen. Unter dem Strich steht das größte Einkommens-Plus im öffentlichen Dienst seit Bestehen der Bundesrepublik. ■

Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung

Bericht über schwierige Tarif-Verhandlungsrunden und Vorbereitung des 3. Bundesseniorenkongresses

Am 17. und 18. April 2023 trafen sich die Mitglieder der Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung in Berlin. Darunter auch die Seniorenvertretung des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion unter der Leitung ihrer Vorsitzenden Mathia Arent-Krüger.

Der dbb Bundesvorsitzende **Ulrich Silberbach** sprach zu Beginn der Tagung über die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bund und Kommunen und berichtete u. a. von drei äußerst schwierigen Verhandlungsrunden.

Schwerpunkt der Beratungen des zweiten Tages war die



Vorbereitung des 3. Bundesseniorenkongresses, der am 16./17. Oktober in Berlin mit Neuwahl des Vorstands stattfindet. Beraten wurden die Leitanträge zu folgenden Themen: Alterssicherung, Gesundheit, Mobilität, Pflege, Teilhabe im Alter und Wohnen im Alter.

MAK

AGJ

Arbeitsgemeinschaft Justiz zu Gast beim Direktor der Fachhochschule für Rechtspflege



Zu einem Gespräch mit der Arbeitsgemeinschaft Justiz im DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion (AGJ) hatte der Direktor der Fachhochschule in Bad Münstereifel, **Dr. Alexander Meyer** eingeladen.

Die Gewerkschafter hoben bei dem Gespräch die hohe Qualität der Ausbildung an der Fachhochschule hervor. Eine Herausforderung werde die Digitalisierung der Hochschule sein, damit perspektivisch z. B. auch Abschlussprüfungen in digitaler Form abgenommen werden können, so die Vertreter der AGJ. ■

Bildungspolitik

DBB NRW im Gespräch mit dem Verband Hochschule und Wissenschaft

Thema: Hochschulpolitische Zusammenarbeit für die kommenden Jahre

Im Mai 2024 wird der nächste turnusmäßige Gewerkschaftstag des DBB NRW stattfinden. Zur Vorbereitung mit Blick auf die Hochschulpolitik trafen sich der Vorsitzende des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Roland Staude, und die Vorstandsmitglieder Thorsten Köhler und Dirk Noosten vom Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw nrw) in der Geschäftsstelle des DBB NRW in Düsseldorf.

Themen dieses Austausches waren zukünftige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen an Hochschulen in Bezug

auf die Besoldung, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie

sowie die Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Der Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw) ist die Berufs- und Standesvertretung aller im Wissenschaftsbereich tätigen Kolleginnen

und Kollegen. Als einziger Hochschulverband umfasst er alle Hochschularten und steht allen Hochschulbediensteten offen. Er vertritt die Professorinnen und Professoren an Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogi-



Prof. Dr. Dirk Noosten (stellvertretender Vorsitzender vhw-nrw), Prof. Dr. Thorsten Köhler (Vorsitzender vhw-nrw) und Roland Staude (von links)

© vhw-nrw

schen Hochschulen und Kunsthochschulen ebenso wie die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und alle anderen an Hochschulen und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen Tätigen. ■

DBB NRW Frauenvertretung

Für ein Engagement sprechen viele gute Gründe

Gespräch mit der Geschäftsführerin des Westfälischen Heimatbundes und Mitglied im Team der Sprecherinnen und Sprecher des Netzwerks bürgerliches Engagement NRW (NBE NRW), Dr. Silke Eilers.

DBB NRW Magazin: Was können wir uns unter dem „Netzwerk bürgerliches Engagement NRW“ vorstellen?

Dr. Silke Eilers: Mit dem Ende 2021 gegründeten NBE NRW ist es erstmals in der Geschichte unseres Landes gelungen, einen unabhängigen, spartenübergreifenden Zusammenschluss für alle freiwillig Engagierten in NRW auf den Weg zu bringen. Das ist in dieser Form auch bundesweit einmalig.

Hier sind inzwischen fast 70 Organisationen aus Kultur, Wohlfahrtspflege, kommunalen Verwaltungen, Sport, Kirchen, Stiftungen und die Staatskanzlei vertreten. Es geht darum, gemeinschaftlich als Netzwerk der Netzwerke etwas für das freiwillige Engagement zu erreichen und ihm als Sprachrohr eine starke öffentliche Stimme zu verleihen. Zielsetzung ist es, die Engagementstrategie für das Land Nordrhein-Westfalen gemeinsam umzusetzen und weiterzuentwickeln.

DBB NRW Magazin: Was sagen Sie den Frauen, warum sie sich engagieren sollen?

Dr. Silke Eilers: Für ein Engagement sprechen viele gute Gründe: etwa die Freude an der Tätigkeit, das Erleben von Gemeinschaft und die vielfältigen



Dr. Silke Eilers

© Friedhelm Windmüller

Gestaltungsmöglichkeiten. Sie können an Themen arbeiten, die ihnen wichtig sind, etwas verändern. Davon profitiert nicht nur das Gemeinwohl, sondern es kommt auch ihnen persönlich zugute.

Eine aktive Zivilgesellschaft, in welcher Menschen das eigene Lebensumfeld mitentwickeln, ist die Basis unseres demokratischen Zusammenlebens. Es ist wichtig, dass Frauen ihre Expertise, ihre Erfahrungen, ihre Sicht auf die Dinge einbringen. Wir brauchen eine vielfältige Perspektive, und das kann nur gelingen, wenn sich nicht nur ein Teil der Gesellschaft engagiert, sondern alle, egal welchen Geschlechtes, welchen Alters, welcher Herkunft und welchen Bildungsgrades.

Deshalb kann ich nur alle Frauen dazu ermutigen, ihr Poten-

zial zu nutzen und sich zu engagieren. Man muss ja nicht sofort eine Funktion übernehmen.

DBB NRW Magazin: Manche schrecken wegen bürokratischer Hürden vor der Übernahme eines Ehrenamtes ab. Kann man diese zumindest teilweise abbauen?

Dr. Silke Eilers: Bürokratische Hürden halten in der Tat viele, ob Männer oder Frauen, tatsächlich davon ab, eine ehrenamtliche Funktion zu übernehmen. Dazu zählen komplexe rechtliche Regelungen und Vorschriften, angefangen von steuerlichen Aspekten über Datenschutz bis hin zu Haftungsfragen. Das erfordert mitunter Fachwissen und ei-

nen hohen zeitlichen Aufwand. Das schreckt ab und ist für viele nicht leistbar, sodass Engagement ausgebremst wird.

So sollte es nicht sein. Entscheidend für ein gelingendes Engagement sind gute Rahmenbedingungen. Deshalb geht es um das Hinwirken auf den Abbau von Hemmschwellen und die Verbesserung von Strukturen, damit Ehrenamt zukunftsfest aufgestellt ist und Menschen auch morgen noch Spaß daran haben. Auch an diesen Themen arbeiten wir gemeinschaftlich im Netzwerk bürgerschaftliches Engagement und haben dazu konkrete Arbeitspakete geschnürt.

DBB NRW Magazin: Vielen Dank für das Gespräch. ■

DBB Stadtverband Düsseldorf beim Arbeitnehmerempfang

Anlässlich des Tages der Arbeit fand am 26. April 2023 im Jan-Wellem-Saal des Rathauses ein Empfang für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer statt. Der Oberbürgermeister **Dr. Stephan Keller** konnte u. a. auch die Mitglieder des Vorstandes des DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Stadtverband Düsseldorf, willkommen heißen.



Karoline Baier, Bettina Gude, Rolf Pantel, Petra Reichling, Hans-Joachim Klein, Rainer Linden, Ilonka Spielberg, Dr. Peter Keller und Dirk Weuthen (von links)

© DBB SV Düsseldorf

Herausgeber: DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf, Roland Staude (1. Vorsitzender). Telefon: 0211.491583-0. Telefax: 0211.491583-10. E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. Internet: www.dbb-nrw.de.

Chefredakteur: Hans-Joachim Klein

Redaktion: Mathia Arent-Krüger, Markus Klügel

Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.

Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Verlag: DBB Verlag GmbH. Internet: www.dbbverlag.de. E-Mail: kontakt@dbbverlag.de. Verlagsort und Bestellschrift: Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. Telefon: 030.7261917-0. Telefax: 030.7261917-40.

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. Telefon: 02102.74023-0. Telefax: 02102.74023-99. E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de. Anzeigenleitung: Petra Opitz-Hannen, Telefon: 02102.74023-715. Anzeigenverkauf: Andrea Franzen, Telefon: 02102.74023-714. Anzeigendisposition: Britta Urbanski, Telefon: 02102.74023-712. Preisliste 45, gültig ab 1.1.2023. Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

dbb jugend nrw zeigt deutsche Perspektive auf Internationale Gewalttagung in Wien

Im Dienst gewalttätig angegangen zu werden – weil der Zug Verspätung hat, ein Antrag nicht bewilligt werden kann oder weil jemand schlicht und ergreifend seinen Job macht: Diese Erfahrung machen hierzulande nach wie vor viel zu viele Beschäftigte. Die Gewalt hat dabei viele Formen – und macht auch an Ländergrenzen nicht Halt. Dies war Thema einer internationalen Tagung der Gewerkschaft vida in Wien. Die dbb jugend nrw war Teil davon.

Seit rund zehn Jahren setzt sich die Deutsche Beamtenbund-Jugend NRW (dbb jugend nrw) schon ein für mehr Schutz und Sicherheit von Beschäftigten im öffentlichen Dienst – mit Symposien, Forderungspapieren, ihrer jährlichen Sicherheitskonferenz und dem Launch ihrer national und international preisgekrönten Kampagne „Gefahrenzone öffentlicher Dienst“ auf www.angegriffen.info im April 2016.

Länderübergreifend gemeinsam gegen Gewalt

In Österreich weiß die dbb jugend nrw dabei einen Partner an ihrer Seite, der das Thema ebenfalls sehr erfolgreich bearbeitet und mit dem die dbb jugend nrw schon mehrfach zusammengearbeitet hat: die österreichische Verkehrs- und Dienst-



Die stellvertretende Landesjugendleiterin Nicole Schorn war Teilnehmerin der Gewalttagung in Wien.

leistungsgewerkschaft vida. Mit ihrer Initiative „Tatort Arbeitsplatz. Gib der Gewalt im Job keine Chance!“ ist die vida in der Alpenrepublik seit vielen Jahren ebenfalls Vorreiter beim Thema Gewalt gegen Beschäftigte.

Zum wiederholten Mal führte die österreichische Gewerk-

schaft nun eine internationale Gewalttagung durch. Rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besuchten am 29. März 2023 eine Veranstaltung in Wien mit dem Titel: „Bedroht, beschimpft, geschlagen! Gewaltprävention am Arbeitsplatz – wichtiger denn je!“ Dort wurde Bewusstsein für

die Problematik geschaffen, es wurden Themen- und Problemfelder angesprochen, aber auch konkrete Informations- und Serviceleistungen aufgezeigt. Zu Wort kamen Betroffene, Betriebsräte, Führungskräfte sowie Expertinnen und Experten – unter ihnen auch **Nicole Schorn**, die für die dbb jugend nrw an der Veranstaltung teilnahm.

Blick über den Tellerrand

Im Panel 2 – „Schauen wir über den Tellerrand“ – schilderte die stellvertretende Vorsitzende des gewerkschaftlichen Jugendverbandes die Situation wie sie sich in Deutschland darstellt, berichtete von Verbesserungen, die die dbb jugend nrw bereits mit anstoßen konnte, und auch über das, was aus Sicht der Gewerkschaftsjugend unbedingt noch zu tun ist. Denn eins ist auch für Schorn völlig klar: „Egal, ob gewerkschafts- oder länderübergreifend gearbeitet wird – wichtig ist: Wir alle sind in der Sache vereint!“ **MK**